

**NIEDERSCHRIFT**

5 / 2018

GREMIUM

Rat der Stadt Lünen

SITZUNGSTERMIN

Donnerstag, 13.12.2018, 17:05 Uhr bis 22:08 Uhr

SITZUNGSORT

Rathaus, Willy-Brandt-Platz 1, 44532 Lünen,  
Sitzungssaal 1, 1. Etage

---

VORSITZ

Bürgermeister Jürgen Kleine-Frauns

ANWESEND

ABWEICHENDE ANWESENHEIT

Hugo Becker (SPD)  
Brigitte Cziehso (SPD)  
Ulrich Eilert (SPD)  
Hans-Georg Fohrmeister (SPD)  
Hubert Groth (SPD)  
Rüdiger Haag (SPD)  
Michael Haustein (SPD)  
Holger Kahl (SPD)  
Klaus Lamczick (SPD)  
Christiane Mai (SPD)  
Martina Meier (SPD)  
Helga Mendrina (SPD)  
Rolf Möller (SPD)  
Lydia Müller (SPD)  
Martin Püschel (SPD)  
Detlef Seiler (SPD)  
Siegfried Störmer (SPD)  
Barbara Utrata (SPD)  
Uwe Walter (SPD)  
Martin Weiberg (SPD)  
Daniel Wolski (SPD)  
Annette Droege-Middel (CDU)  
Arno Feller (CDU)  
Jochen Gefromm (CDU)  
Paul Jahnke (CDU)  
Günter Langkau (CDU)  
Daniel Pöter (CDU)  
Christoph Tölle (CDU)  
Dirk Wolf (CDU)  
Hans-Peter Bludau (GFL)  
Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel (GFL)  
Kunibert Kampmann (GFL)  
Otto Korte (GFL)  
Wolfgang Manns (GFL)  
Andreas Mildner (GFL)  
Helmut Rosenkranz (GFL)  
Marcel Schulz (GFL)  
Reinhard Zeiger (GFL)  
Ute Brettner (Bü90/Die Grünen)  
Eckhard Kneisel (Bü90/Die Grünen)  
Thomas Matthée (Bü90/Die Grünen)  
Erika Roß (Bü90/Die Grünen)  
Catrin Ebbinghaus (FDP)  
Dr. Roland Giller (FDP)

(ab 17:17 Uhr)

Dirk Holstein (FDP)  
Karsten Niehues (FDP)  
Sandra Dee-Schülken (DIE LINKE)  
Mustafa Kurt (DIE LINKE)  
Gabriele zum Buttel (Piraten/FW)

ENTSCHULDIGT ABWESEND

Rüdiger Billeb (SPD)  
Dr. Ulrich Böhmer (GFL)  
Herbert Jahn (CDU)  
Andreas Kops (CDU)  
Ralf Schaefer (Piraten/FW)

ANWESEND VON DER VERWALTUNG

Erster Beigeordneter Uwe Quitter  
Technischer Beigeordneter Arnold Reeker  
Pressesprecher Dr. Benedikt Spangard  
Referent Dominik Skrinjar  
Betriebsleiter ZGL Marc Stoverock

GÄSTE

SCHRIFTFÜHRUNG

Markus Neumann

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Lünen um 17:05 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und der Rat beschlussfähig ist.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns berichtet, dass Ratsherr Holstein sein Amt zum 01.01.2019 niederlegen werde. Er dankt ihm für seinen Einsatz als Ratsmitglied und erteilt ihm das Wort.

Ratsherr Holstein berichtet, dass er aus persönlichen und beruflichen Gründen sein Ratsmandat niederlegen werde.

Zur Tagesordnung berichtet Herr Bürgermeister Kleine-Frauns wie folgt:

VL-151/2018 - 10. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Lünen vom 10.12.2008

- In der Vorlage wurde eine Korrektur vorgenommen.

AN-4/2018 - Ergänzungsantrag zu VL 190/2018 der SPD und CDU Fraktionen

- Der Ergänzungsantrag wurde in das Ratsinformationssystem zur Vorlage VL-190/2018 eingestellt.

VL-196/2018 - Kommunale Umsetzung Teilhabechancengesetz (Umsetzung des 10. SGB II Änderungsgesetzes)

- Die Vorlage wurde nachgesandt.

AF-198/2018 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.12.2018 i. S. Resolution zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge

- Der Ergänzungsantrag wurde in das Ratsinformationssystem zur Vorlage VL-177/2018 eingestellt.

Ein weiterer Änderungsantrag zu einem Punkt im nichtöffentlichen Teil wurde ebenfalls ins Ratsinformationssystem eingestellt.

Die Mitglieder wurden via E-Mail hierüber in Kenntnis gesetzt.

### **Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 05.12.2018**

*Anmerkung des Verfassers: Den Antrag finden Sie im Anhang der Niederschrift.*

Zu Punkt 1 des Antrags, die Tagesordnung nur auf die Punkte zu begrenzen, die noch zwingend im Jahr 2018 beschlossen werden müssen, berichtet Herr Bürgermeister Kleine-Frauns, dass vom Verwaltungsvorstand eine Kategorisierung der Vorlagen vorgenommen wurde. Anträge der Fraktionen wurden in die Kategorisierung nicht mit einbezogen. 22 Vorlagen müssen im Jahr 2018 beschlossen werden, bei 6 Vorlagen lägen einstimmige Empfehlungsbeschlüsse für den Rat vor und lediglich eine Vorlage könne auch in 2019 beschlossen werden. Es könne daher keine Empfehlung geben, einzelne Punkte bereits jetzt von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns empfiehlt die Tagesordnungspunkte wie vorgesehen zu beraten. Ein Beschluss über die Vertagung von einzelnen Punkten könne auch noch im Laufe der Sitzung gefasst werden.

Ratsfrau Droege-Middel erklärt, dass Punkt 1 des Antrages zurückgezogen werde. Eine Abstimmung über die Punkte 2 und 3 solle allerdings erfolgen.

Ratsherr Prof. Dr. Hofnagel regt an, die Thematik grundsätzlich im Ältestenrat zu beraten.

Ratsherr Haustein verweist auf die Anregung sich auf sechs Ratssitzungen zu einigen. So können die Themen besser verteilt werden. Er plädiert ebenfalls für eine grundsätzliche Beratung im Ältestenrat und signalisiert die Unterstützung der SPD-Fraktion für den Antrag.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns verweist auf die Ferienzeiten, die bei der Terminfindung zu berücksichtigen seien.

Ratsfrau Mai bittet, die Sitzung so zu gestalten, dass allen Ratsmitgliedern ermöglicht werde an den Sitzungen teilzunehmen. Bei der Gestaltung der Tagesordnung sollte darauf geachtet werden, dass eine Sitzung nicht über 22.00 Uhr hinausgehe.

Ratsfrau zum Buttel bittet nun in die Tagesordnung einzusteigen.

**Geschäftsordnungsantrag** von Ratsherrn Kneisel zum Ende der Debatte. Da sich keine Gegenrede erhebt wird die Diskussion beendet und über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Punkt 2 des Antrags: „Die Sitzungsdauer bis 22.00 Uhr zu beschränken.“

Abstimmungsergebnis:	Bei 12 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.
----------------------	--

Punkt 3 des Antrags: „Einen Sondertermin im Januar 2019 für die restlichen Tagesordnungspunkte festzulegen.“

Abstimmungsergebnis:	Bei 20 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.
----------------------	--

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns schlägt vor, alle Tagesordnungspunkte die sich mit Straßenbaubeiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) beschäftigen zu bündeln und zusammen zu beraten.

Des Weiteren berichtet Herr Bürgermeister Kleine-Frauns, zur Verwaltungsvorlage VL-181/2018 - Weiterführung des Programmes KitaPlus aus städtischen Haushaltsmitteln bis zum 31.07.2019. Nach Abstimmung mit dem Fördermittelgeber sei ein solcher Beschluss fördermittelschädlich. Die Verwaltung schlage daher vor, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns schlägt weiter vor, den nichtöffentlichen Teil der Sitzung nach den Beschlussangelegenheiten zu beraten.

Ratsherr Prof. Dr. Hofnagel beantragt für die GFL-Fraktion die Tagesordnungspunkte, die sich mit dem KAG beschäftigen zusammen zusammenzufassen und an den Anfang der Sitzung vorzuziehen.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns lässt über die Vorschläge zur Änderung der Tagesordnung abstimmen.

Der Tagesordnungspunkt zu VL-181/2018 - Weiterführung des Programmes KitaPlus aus städtischen Haushaltsmitteln bis zum 31.07.2019 – wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:	Bei 1 Gegenstimme mehrheitlich beschlossen.
----------------------	---

Der Nichtöffentliche Teil der Sitzung wird vorgezogen und nach den Beschlussangelegenheiten behandelt.

Abstimmungsergebnis:	Bei 8 Gegenstimmen mehrheitlich beschossen.
----------------------	---

Zusammenfassung der Tagesordnungspunkte die sich mit den Straßenbaubeiträgen nach KAG befassen (AF-177/2018, AF-198/2018 und AF-192/2018)

Abstimmungsergebnis:	Einstimmig ohne Enthaltungen beschlossen.
----------------------	---

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns berichtet zu einer Eingabe der SPD-Fraktion zur Niederschrift der Ratssitzung vom 11.10.2018. und gibt dieses nach § 26 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Rates bekannt.

*Anmerkung des Verfassers: Die Beanstandung finden Sie im Anhang der Niederschrift.*

**Geschäftsordnungsantrag** von Ratsherr Feller, die zusammengefassten Tagesordnungspunkte zu den Straßenbaubeiträgen am Anfang der Sitzung zu behandeln. Da sich keine Gegenrede erhebt, wird über den Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	Bei 39 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen und 3 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen.
----------------------	--

## ÖFFENTLICHER TEIL

### I ANTRÄGE UND ANFRAGEN

#### 1. AF-177/2018

Antrag der GFL-Fraktion vom 05.11.2018 i. S. Resolution zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge

Die Anträge AF-177/2018, AF-192/2018 und AF-198/2018 werden gemeinsam beraten. Herr Bürgermeister Kleine-Frauns stellt zunächst den Antrag der FDP-Fraktion zur Debatte, dass sich dessen Inhalt von den anderen Anträgen trennen lasse.

Herr Technischer Beigeordneter Reeker verweist auf ein Schreiben des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen, dass sich

mit Moratorien zur Zurückstellung der Erhebung von Straßenbaubeiträgen. Es werde insbesondere auf den allgemeinen Grundsatz hingewiesen, dass Gesetze bis zu ihrem Außerkrafttreten anzuwenden seien. Bei der derzeitigen Regelung handle es sich nach § 8 Abs. 1 KAG NRW um eine Sollvorschrift, die regelmäßig eine Pflicht zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen indiziere. Ein vorläufiges Absehen von der Erhebung von Straßenbaubeiträgen führe zum Eingreifen der vierjährigen Festsetzungsverjährungsfrist. Kommt es aufgrund der Zurückstellung der Beitragserhebung zu einer Festsetzungsverjährung indiziere dies regelmäßig Regressansprüche gegen die jeweils verantwortlichen kommunalen Entscheidungsträger. Dies können je nach Sachverhalt nicht nur Angehörige der Kommunalverwaltung, sondern auch Ratsmitglieder sein.

Ratsherr Dr. Giller erwartet, dass innerhalb der jetzigen Legislaturperiode der Landesregierung eine Entscheidung zu den Straßenbaubeiträgen getroffen werde. Die vierjährige Verjährungsfrist sei daher zu vernachlässigen. Es werde daher vorgeschlagen bis zu einer entsprechenden Entscheidung die Erhebung von Gebühren zurückzustellen.

Herr Erster Beigeordneter Qwitter führt aus, dass ein solcher Beschluss vom Bürgermeister beanstandet werden müsse. Er weist insbesondere darauf hin, dass die Stadt Lünen nach wie vor überschuldet sei.

Herr Technischer Beigeordneter Reeker erläutert die vierjährige Festsetzungsverjährungsfrist. Die Stadt habe vier Jahre Zeit eine Maßnahme abzurechnen. Wenn diese Frist aufgrund eines Beschlusses verstreichen würde, könne dies nach dem Schreiben des Ministeriums Regressansprüche auslösen.

Ratsherr Prof. Dr. Hofnagel schlägt vor, den Antrag der FDP-Fraktion zu vertagen. So könne sich jede Fraktion, auch im Hinblick auf die Ausführungen von Herrn Technischen Beigeordneten Reeker und Herr Ersten Beigeordneten Qwitter, intensiv damit beschäftigen.

Ratsfrau Droege-Middel verweist darauf, dass die Diskussion leichter fallen würde, wenn die von der CDU-Fraktion bereits im September im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung gestellten Fragen beantwortet worden wären. Sie bittet Herrn Technischen Beigeordneten Reeker zu den Fragen Stellung zu nehmen:

- Wie hoch waren die entrichteten Beiträge nach KAG in den letzten Jahren?
- Welche rechtlichen Möglichkeiten hat die Stadt die Beiträge anzupassen?
- Ist es möglich den SAL-Anteil an der Straßenwiederherstellung zu erhöhen?

Herr Technischer Beigeordneter Reeker führt aus, dass im letzten Ausschuss für Sicherheit und Ordnung eine Übersicht vorgelegt wurde, die relativ geringe Beiträge ausweise. Hier waren aber einige Maßnahmen noch nicht beziffert. Ein Durchschnittswert von KAG-Beiträgen der letzten Jahre liegt bei 900.000 € bis 1.000.000 €. Derzeit seien noch eine ganze Reihe von Maßnahmen noch nicht abgerechnet.

Für die Beitragshöhe gebe es Spielräume. Die Höchstbeträge werden nicht ausgeschöpft. Eine Reduzierung auf „0“ sei allerdings nicht möglich. Weiter erläutert er, dass alle Arbeiten die für Kanalbaumaßnahmen anfallen herausgerechnet werden.

Ratsherr Jahnke zeigt sich von den Zahlen enttäuscht und erwartet eine genauere Darstellung.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns fragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ob sich ihre Anfrage erledigt habe, wenn die Verwaltung zusage die Fragen zu beantworten. Anfang des Jahres 2019 werde ein Runder Tisch mit Vertretern der Bürgerinitiativen und der Politik veranstaltet. Dort können die Fragen erörtert werden.

Ratsherr Kneisel erklärt sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

Ratsherr Prof. Dr. Hofnagel erläutert den Antrag seiner Fraktion. Er hält die Verabschiedung einer Resolution in Richtung des Landes für wichtig und richtig. Das Land sei gefordert auch Gegenfinanzierungen für die wegfallenden Beiträge bereitzustellen.

Ratsherr Dr. Giller zieht den Antrag der FDP-Fraktion zunächst zurück und sagt Modifizierungen des Antrags für eine nächste Sitzung zu.

Ratsherr Haustein sichert für die SPD Fraktion Unterstützung für die Resolution zu. Er bittet um die Ergänzung: „Die Kosten dürfen nicht zu Lasten der Kommune gehen.“

### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Lünen stimmt folgender Resolution und Grundsatzpositionierung zu den Straßenbaubeiträgen laut Kommunalabgabengesetz für das Land NRW (KAG) zu:  
„Der Rat der Stadt Lünen begrüßt und unterstützt die Initiative des Deutschen Steuerzahlerbundes zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge nach KAG, weil diese ungerecht sind, zu erheblichen und schlecht planbaren Zahlungsverpflichtungen führen und bei privaten Nutzern von Eigentum einen Eingriff in die private Altersvorsorge darstellen. Ebenso wird durch diese Beiträge, die in vielen Bundesländern nicht erhoben werden, das Vorliegen ungleicher Lebensbedingungen in Deutschland noch weiter verschärft. Diesem Trend ist endlich entgegenzuwirken. Die Kosten dürfen nicht zu Lasten der Kommune gehen.“
2. Der Rat der Stadt Lünen beauftragt den Bürgermeister und Stadtkämmerer, sich an geeigneten Stellen (wie dem „Bündnis für die Würde unserer Städte“, der Kommission der Bundesregierung „Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen“, kommunalen Verbänden, der Landes- und Bundesregierung sowie dem Innenministerium des Landes NRW) dafür einzusetzen, dass das Land NRW die rechtlichen Vorgaben zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen nach KAG zurücknimmt und ihre Kommunen durch geeignete finanzielle Maßnahmen in die Lage versetzt, Aufwendungen für erforderliche Straßenerneuerungen aus eigenen Mitteln und/oder Finanzmitteln des Landes/Bundes finanzieren zu können.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.
--

### **1.1. AF-198/2018**

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.12.2018 i. S. Resolution zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge (AF-177/2018)

Wurde unter Tagesordnungspunkt I.1 behandelt.

**2. AF-192/2018**

Antrag der FDP-Fraktion vom 22.11.2018 i. S. Straßenausbaubeiträge gem. § 8 KAG

Wurde unter Tagesordnungspunkt I.1 behandelt.

**II MITTEILUNGEN DER VERWALTUNG**

**1. MI-230/2018**

Kulturpreis und Kulturförderpreis 2018

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns verkündet die Preisträger für den Kulturpreis und den Kulturförderpreis 2018 der Stadt Lünen.

Die Jury hat in ihrer Sitzung am 03.09.2018 entschieden den Kulturpreis 2018 an das Künstlerpaar Simone Prothmann und Siegfried Krüger zu vergeben.

Den Kulturförderpreis 2018 erhält Marie Hirschberg.

Herr Jochen Otto verliest die Begründung der Jury.

*Anmerkung des Verfassers: Die Begründung finden Sie im Anhang der Niederschrift.*

**III BESCHLUSSANGELEGENHEITEN**

**1 EINBRINGUNG DES HAUSHALTS- UND STELLENPLANS 2019**

Herr Erster Beigeordneter Qwitter berichtet zum Haushalt.

*Anmerkung des Verfassers: Die Präsentation finden Sie im Anhang der Niederschrift.*

**1.1. AN-5/2018**

Haushalts- und Stellenplan 2019

**2. AF-106/2018 4. Ergänzung**

Anregung/Beschwerde gem. § 24 GO i. S. Bewirtung in Rats- und Ausschusssitzungen

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen beschließt, die Anregung/Beschwerde zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig abgelehnt.
--

**3. VL-151/2018**

10. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Lünen vom 10.12.2008



**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen beschließt die als ANLAGE 1 beigefügte 10. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Lünen vom 10.12.2008.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**4. VL-174/2018**

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau und sonstige brandschutztechnische Leistungen in der Stadt Lünen

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau und sonstige brandschutztechnische Leistungen in der Stadt Lünen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**5. VL-160/2018**

Änderung der Benutzungs- und der Entgeltordnung der Stadtbücherei

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die Benutzungs- und Entgeltordnung für die Stadtbücherei in der beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**6. VL-162/2018**

Aktualisierung der Richtlinien zur Förderung von kommunalen Städtepartnerschaften und internationalen Begegnungen der Stadt Lünen

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die Aktualisierung der Richtlinien zur Förderung von kommunalen Städtepartnerschaften und internationalen Begegnungen der Stadt Lünen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**7. VL-164/2018**

Zuwendungen an die örtlichen Wohlfahrtsverbände und freien Träger für die Betreuung von Geflüchteten und Hauswarttätigkeiten in den Flüchtlingsunterkünften

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Lünen beschließt die Einstellung der finanziellen Mittel in oben genannter Höhe in den Haushalt 2019 ff.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die örtlichen Wohlfahrtsverbände und Träger in ihrer Arbeit nach Maßgabe der beiliegenden Förderrichtlinie durch Zuwendungen zu unterstützen.

3. Der Rat der Stadt Lünen beschließt die beigefügte Förderrichtlinie.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**8. VL-159/2018**

Standortauswahl für eine weitere Halte-Stelle anhand von ausgewählten Sozialindikatoren

Herr Bürgermeister Kleine Frauns erläutert, dass der Rat hier über die Einrichtung einer weiteren Halte-Stelle beschließt. Die Entscheidung darüber, wo diese Haltestelle eingerichtet werde, obliege dem Jugendhilfeausschuss.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die Einrichtung einer weiteren Haltestelle.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**9. VL-180/2018**

Fortführung der kommunalgeförderten Sozialen Arbeit an Schulen in Lünen

**Beschluss:**

1. Die Soziale Arbeit an Schulen in Lünen wird bis zum 31.12.2020 fortgeführt.
2. Die Rahmenvereinbarung mit den Trägern und Schulen ist den aktualisierten Bedingungen anzupassen.
3. Der Jugendhilfeausschuss wird jährlich über die konkrete Arbeit und Wirkung der Sozialen Arbeit an Schulen unterrichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**10. VL-181/2018**

Weiterführung des Programmes KitaPlus aus städtischen Haushaltsmitteln bis zum 31.07.2019

*Anmerkung des Verfassers: Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Anfang der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.*

**11. VL-182/2018**

Fehlende Plätze in der Kindertagesbetreuung - Sofortmaßnahme für das Kitajahr 2018/2019

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen beschließt die Einrichtung einer Kita-Gruppe des Gruppentyps III (Ü3) in der ehemaligen Zweigstelle der Sparkasse an der Gahmener Straße mit 25 Kindern.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

## **12. VL-196/2018**

Kommunale Umsetzung Teilhabechancengesetz (Umsetzung des 10. SGB II Änderungsgesetzes)

Ratsherr Störmer befürchtet, dass bei der Umweltwerkstatt Unna e. V. durch die Verteilung der Finanzen die Stelle eines Anleiters gefährdet sei. Er bittet, diesen möglichen Schaden zu vermeiden.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns, erläutert, dass es heute nicht um die konkrete Ausgestaltung gehe, sondern um einen grundsätzlichen Beschluss.

Herr Erster Beigeordneter Quitter führt aus, dass die Gespräche über die Verteilung der Mittel noch nicht abgeschlossen seien.

Ratsherr Kneisel fragt, ob es sich hier um eine Fortentwicklung des bestehenden Programms handle.

Herr Technischer Beigeordneter Reeker erläutert, dass dieses Programm unter geänderten Rahmenbedingungen auf dem bereits bestehenden Programm aufbaue. Aus Sicht der Verwaltung sei es ein erfolgreiches Mittel auch Langzeitarbeitslose in den Arbeitsprozess zu integrieren.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen beschließt:

1. Für das HH-Jahr 2019 werden 308.436 € zur kommunalen Umsetzung des Teilhabechancengesetzes zur Verfügung gestellt.
2. Für die Haushaltjahre 2020 - 2023. werden jährlich jeweils 311.550 € zur kommunalen Umsetzung des Teilhabechancengesetzes zur Verfügung gestellt.
3. Die Anpassung der Haushaltsmittel für die Jahre 2021 – 2023 erfolgt entsprechend der Entwicklung des Mindestlohns.
4. Jährlich anfallende Sachkosten in Höhe von 82.000 € werden abteilungsspezifisch zur Verfügung gestellt.
5. Die Mittelbereitstellung erfolgt unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Bundesrats zum Teilhabechancengesetz (Umsetzung des 10. SGB-II-Änderungsgesetzes)

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.
--

## **13. VL-186/2018**

Feststellung des Gesamtabschlusses der Stadt Lünen zum 31.12.2016 durch den Rat, Entlastung des Bürgermeisters und Verwendung des Gesamtüberschusses 2016

Ratsherr Lamczik berichtet aus dem Rechnungsprüfungsausschuss. Die Prüfungsergebnisse wurden diskutiert und dem Rat einstimmig eine Beschlussfassung empfohlen.

### **Beschluss:**

1. Der Rat nimmt das Ergebnis der Prüfung des Gesamtabschlusses 2016 durch den Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt gem. § 116 Abs. 1 i. V. m. § 96 Abs. 1 GO NRW die Feststellung des Gesamtabschlusses 2016

3. Die Ratsmitglieder beschließen gem. § 116 Abs. 1 i. V. m. § 96 Abs. 1 GO NRW die Entlastung des Bürgermeisters hinsichtlich der Aufstellung des Gesamtabchlusses 2016.
4. Der Rat beschließt gem. § 116 Abs. 1 i. V. m. § 96 Abs. 1 GO NRW, dass der Gesamtüberschuss 2016 i. H. v. 1.330.209,91 € mit dem „nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ aus Vorjahren verrechnet wird; dieser reduziert sich damit auf 45.372.236,69 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**14. VL-172/2018**

Außerplanmäßiger Aufwand für die Erstattung überzahlter Zuwendungen; Fördermaßnahme "Brunnenstraße"

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen genehmigt gem. § 83 GO NRW für die Erstattung überzahlter Zuwendungen bei der Fördermaßnahme „Brunnenstraße“ den außerplanmäßigen Aufwand in Höhe von 183.300 € für das Haushaltsjahr 2018 (091510.549903).

Die Deckung erfolgt aus dem Deckungskreis des neutralen Bereiches.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**15. VL-175/2018**

Feststellung des Jahresergebnisses 2017 des Stadtbetriebes ZGL

Ratsherr Püschel berichtet aus der Sitzung des Betriebsausschusses ZGL.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen stellt gemäß § 26 Absatz 2 Eigenbetriebsverordnung NRW den vorgelegten Lagebericht der Betriebsleitung für das Geschäftsjahr 2017 und den als Anlage beigefügten Jahresabschluss 2017 des Stadtbetriebes Zentrale Gebäudebewirtschaftung Lünen fest.

Der Rat der Stadt Lünen beschließt, den festgestellten Jahresfehlbetrag 2017 in Höhe von 35.668,98 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**16. VL-178/2018**

Entlastung des Betriebsausschusses des Stadtbetriebes ZGL für das Wirtschaftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2017

**Beschluss:**

Nach Beschluss des Rates über die Feststellung des Jahresergebnisses 2017 des Stadtbetriebes Zentrale Gebäudebewirtschaftung Lünen, beschließt der Rat der Stadt Lünen, dass dem Betriebsausschuss des Stadtbetriebes ZGL für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 gemäß § 4 Satz 1 Buchstabe c Eigenbetriebsverordnung NRW die Entlastung erteilt wird.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**17. VL-179/2018**

Änderung Vermögensplan ZGL 2018

Kostenanstieg Realschule Lünen-Brambauer, Energetische Sanierung

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die Umschichtung der Mehrkosten innerhalb des Vermögenplans ZGL 2018.

Hierfür sind Mittel in Höhe von 280.000,- EUR von der im Vermögensplan unter der Nummer 701377 dargestellten Baumaßnahme (TH Overbergschule Gahmen Sanierung) zu verlagern.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**18. VL-190/2018**

Sporthalle an der Käthe-Kollwitz-Gesamtschule

Die Vorlage wird zusammen mit dem Änderungsantrag der SPD- und CDU-Fraktion (AN-4/2018) beraten.

*Anmerkung des Verfassers: Ratsherr Wolf erklärt sich für befangen und verlässt für diesen Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal.*

Ratsherr Prof. Dr. Hofnagel bittet zu Protokoll zu nehmen, dass in Bezug auf die Endschafftsregelung darauf geachtet werden sollte, dass eine Rückübertragung an ZGL, die Stadt Lünen oder eine andere städtische Institution erfolgen könne. Im Hinblick auf eine mögliche Änderung der Immobilienstrategie der Stadt Lünen sollte bereits jetzt darauf geachtet werden, dass neu geschaffene Immobilienwerte durch Umstrukturierungsmaßnahmen keiner Grunderwerbssteuerpflicht unterlägen.

Ratsherr Püschel weist darauf hin, dass es eine Beschlussempfehlung einschließlich der Ergänzungen des Änderungsantrages gebe. Es sei daher nicht über einzelne Punkte, sondern über den Gesamtzusammenhang, nebst der Zusage, dass die Errichtung von Schiedsrichterstuben geprüft und ggfs. umgesetzt werde, abzustimmen.

Herr Stoverock erläutert, dass Schiedsrichterstuben kostenneutral realisiert werden können.

Herr Erster Beigeordneter Qwitter führt aus, dass man die Ziffer 3 und 5 als Prüfauftrag an die Verwaltung verstehe. Dies betreffe auch den Auftrag, Gespräche bezüglich eines Ausgleichs zu führen. Über das Ergebnis werde berichtet und ggfs. beschlossen.

Ratsherr Langkau und Ratsherr Störmer erläutern, dass die Beschlussempfehlung der vorberatenden Ausschüsse auch die Punkte des Ergänzungsantrags enthalten.

Herr Bürgermeister Kleine Frauns lässt über den Beschlussvorschlag und die Punkte des Ergänzungsantrags zusammen abstimmen.

**Beschluss:**

Der Stadtbetrieb ZGL wird beauftragt, die in Variante 3 des Sachverhaltes dargestellte neue Sporthalle in der wirtschaftlichsten Weise zu realisieren.

Ferner wird die Verwaltung aufgefordert, mit dem VfK Lünen-Süd 88 e. V. dahingehend Verhandlungen zu führen, dass das bestehende Erbbaurecht aufgelöst wird und der Verein einen Mietvertrag über Räumlichkeiten in der neu zu errichtenden Sporthalle abschließt.

Folgende Ergänzungen sind zu berücksichtigen:

1. Im Rahmen der Variante 3 werden zusätzlich vier Umkleidekabinen und ein zentraler Dusch- und Sanitärbereich für den VfB 08 errichtet.
2. Im Raumprogramm der Variante 3 wird für den VfK ein Sozialraum und ein Trainingsbereich, in dem die Trainingsmatten dauerhaft liegen bleiben können, vorgesehen.
3. In einer Nutzungsvereinbarung wird festgehalten, dass die Einfachhalle dem VfK in den Abendstunden und an den Wochenenden zur Verfügung steht und dass er Zugangsmöglichkeiten für Großveranstaltungen in der Dreifachhalle erhält.
4. Die Bewirtschaftung der Einfachhalle und der für den VfK als Trainingsbereich vorgesehenen Empore erfolgt durch den VfK, die Bewirtschaftung der Dreifachhalle erfolgt durch den VfB 08.
5. Mit dem VfK führt die Stadt Entschädigungsverhandlungen durch.

Abstimmungsergebnis: Bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen.
---

**18.1. AN-4/2018**

Ergänzungsantrag zu VL 190/2018 der SPD und CDU Fraktionen

Der Antrag wurde unter Tagesordnungspunkt I.18 behandelt.

**19. VL-170/2018**

Umbesetzung im Seniorenbeirat, hier: Sozialverband VDK NRW e. V. Ortsverband Lünen

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen bestellt Frau Gabriele Hoffmann als Nachfolgerin für Frau Gabi Bonz-Fiege für den Sozialverband VDK NRW e. V. Ortsverband Lünen zum Mitglied des Seniorenbeirats.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.
--

**20. VL-167/2018**

Umbesetzung im Seniorenbeirat, hier: Caritasverband Lünen-Selm-Werne e. V.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen bestellt Herrn Frank Kappelhoff als Nachfolger für Herrn Norbert Haverkamp für den Caritasverband Lünen-Selm-Werne e. V. zum stellvertretenden Mitglied des Seniorenbeirats.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.
--

**21. VL-194/2018**

Ausschussumbesetzung Jugendhilfeausschuss

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen benennt folgende Person als beratendes Mitglied für die Arbeitsverwaltung im Jugendhilfeausschuss:  
Frau Patricia Lubecki als Ersatz für Frau Monika Kotzur.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.
--

**22. VL-157/2018**

Flächennutzungsplan Lünen, 13. Änderung "Photovoltaik-Freiflächenanlagen"

- a) Prüfung und Entscheidung über die während der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden vorgebrachten Anregungen und Bedenken
- b) Feststellungsbeschluss

**Beschluss:**

- a) Der Rat der Stadt Lünen entscheidet nach Prüfung und Abwägung über die während der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden vorgebrachten Anregungen und Bedenken.
- b) Der Rat der Stadt Lünen beschließt den vorliegenden Planentwurf der 13. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lünen mit zugehöriger Begründung (Feststellungsbeschluss).

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.
--

**23. VL-141/2018 1N**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Lünen Nr. 215 V "Lippeaue/Stadtquartier am Park"  
2. Änderung des Durchführungsvertrages

*Anmerkung des Verfassers: Ratsfrau Droege-Middel erklärt sich für befangen und verlässt für diesen Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal.*

Ratsherr Kampmann weist auf den rechtskräftigen Pflegebedarfsplan im Kreis Unna hin. Darin wird darauf hingewiesen, dass in Lünen, Selm und Werne kein Bedarf an Tagespflege bestehe. In den sieben verbleibenden Kreiskommunen bestehe grundsätzlich noch Bedarf. Ziel sei die langfristige Angleichung der Versorgungsquoten und ein bedarfsgerechtes Angebot in allen Kommunen.

Ratsherr Prof. Dr. Hofnagel erläutert, dass die GFL-Fraktion schriftliche Einverständniserklärungen der Wohnungseigentümer des jeweiligen Objektes gefordert habe und fragt ob diese bereits vorlägen.

Herr Technischer Beigeordneter Reeker berichtet, dass Einverständniserklärungen nicht vorlägen, solche aber auch nicht Grundlage für die rechtliche Entscheidung zur Zulässigkeit seien.

Ratsherr Haag signalisiert für die SPD-Fraktion, dass man der Vorlage nicht zustimmen werde.

Ratsherr Kneisel gibt zu bedenken, dass man aufgrund des demografischen Wandels, zukünftig durchaus Bedarfe an Tagespflegeplätzen sehe.

Ratsherr Prof. Dr. Hofnagel bekräftigt seine Forderung nach Einverständniserklärungen der Wohnungseigentümer. Auch wenn diese rechtlich nicht erforderlich seien, halte sie die GFL-Fraktion für die Entscheidungsfindung für wichtig. Er signalisiert, dass man der Vorlage nicht zustimmen werde.

Herr Technischer Beigeordneter Reeker entgegnet, dass es keinen Auftrag aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt gegeben habe, Einverständniserklärungen einzuholen. Ihm liege ein Schreiben von Eigentümern vor, in dem Bedenken gegen eine Nutzungsänderung geäußert werde.

**Geschäftsordnungsantrag** von Ratsherrn Walter zum Ende der Debatte. Da sich keine Gegenrede erhebt wird die Diskussion beendet und abgestimmt.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen beschließt, den § 4 des Durchführungsvertrages zum Bebauungsplan Lünen Nr. 215 „Lippeaue/Stadtquartier am Park“ mit der ParkConcept GmbH & Co. KG in der im Sachverhalt dargestellten Form zu ändern und beauftragt die Verwaltung, mit dem Vorhabenträger den geänderten Vertrag abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: Bei 4 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.
---

**VIII MITTEILUNGEN DER VERWALTUNG**

**IX ANTRÄGE UND ANFRAGEN**

**1. AF-184/2018**

Antrag der GFL-Fraktion vom 23.11.2018 i. S. Gremienbesetzungen; Vertretung Finanzkommission und Wirtschaftsförderungskommission

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen benennt folgende Stellvertreter:

Finanzkommission:

Hans-Peter Bludau, Andreas Mildner, Dr. Ulrich Böhmer, Wolfgang Manns, Reinhard Zeiger, Kunibert Kampmann, Helmut Rosenkranz und Marcel Schulz

Wirtschaftsförderungskommission:

Otto Korte, Hans-Peter Bludau, Andreas Mildner, Dr. Ulrich Böhmer, Reinhard Zeiger, Wolfgang Manns, Helmut Rosenkranz und Kunibert Kampmann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.
--



**2. AF-185/2018**

Antrag der GFL-Fraktion vom 19.11.2018 i. S. Aktualisierung der Stellplatzverordnung

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns empfiehlt den Antrag an den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung zu verweisen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen beschließt, den Antrag an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zu verweisen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.
--

**3. AF-187/2018**

Antrag der GFL-Fraktion vom 22.11.2018 i. S. Gremienbesetzung

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen beschließt, Silvia Quandt als Stellvertretende sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung ersatzlos zu streichen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.
--

**4. AF-188/2018**

Antrag der GFL-Fraktion vom 22.11.2018 i. S. Einholung einer weiteren fachkundigen Einschätzung zu den Derivat-Geschäften

**Geschäftsordnungsantrag** der GFL-Fraktion auf namentliche Abstimmung.

Ratsherr Feller hält die Entscheidung im Hinblick auf den im nichtöffentlichen Teil beschlossenen Antrag für nicht erforderlich.

**Geschäftsordnungsantrag** des Ratsherrn Püschel Schluss der Debatte und sofortige Abstimmung. Da sich keine Gegenrede erhebt wird über den Antrag abgestimmt.

Anrede	Titel	Vorname	Nachname	Stimmabgabe
Herr		Hugo	Becker	Nein
Herr		Hans-Peter	Bludau	Ja
Frau		Ute	Brettner	Nein
Frau		Gabriele	zum Buttel	Enthaltung
Frau		Brigitte	Cziehso	Nein
Frau		Sandra	Dee-Schülken	Nein
Frau		Annette	Droege-Middel	Nein
Frau		Catrin	Ebbinghaus	Enthaltung
Herr		Ulrich	Eilert	Nein
Herr		Arno	Feller	Nein
Herr		Hans-Georg	Fohrmeister	Nein
Herr		Jochen	Gefromm	Nein
Herr	Dr.	Roland	Giller	Nein
Herr		Hubert	Groth	Nein

Herr		Rüdiger	Haag	Nein
Herr		Michael	Haustein	Nein
Herr	Prof. Dr.	Johannes	Hofnagel	Ja
Herr		Dirk	Holstein	Enthaltung
Herr		Paul	Jahnke	Nein
Herr		Holger	Kahl	Nein
Herr		Kunibert	Kampmann	Ja
Herr		Jürgen	Kleine-Frauns	Nein
Herr		Eckhard	Kneisel	Nein
Herr		Otto	Korte	Ja
Herr		Mustafa	Kurt	Nein
Herr		Klaus	Lamczick	Nein
Herr		Günter	Langkau	Nein
Frau		Christiane	Mai	Nein
Herr		Wolfgang	Manns	Ja
Herr		Thomas	Matthée	Nein
Frau		Martina	Meier	Nein
Frau		Helga	Mendrina	Nein
Herr		Andreas	Mildner	Ja
Herr		Rolf	Möller	Nein
Frau		Lydia	Müller	Nein
Herr		Karsten	Niehues	Ja
Herr		Daniel	Pöter	Nein
Herr		Martin	Püschel	Nein
Herr		Helmut	Rosenkranz	Ja
Frau		Erika	Roß	Nein
Herr		Marcel	Schulz	Ja
Herr		Detlef	Seiler	Nein
Herr		Siegfried	Störmer	Nein
Herr		Christoph	Tölle	Nein
Frau		Barbara	Utrata	Nein
Herr		Uwe	Walter	Nein
Herr		Martin	Weiberg	Nein
Herr		Dirk	Wolf	Nein
Herr		Daniel	Wolski	Nein
Herr		Reinhard	Zeiger	Ja

**Beschluss:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung, flankierend zu dem vorliegenden Rechtsgutachten in Sachen Derivat-Geschäfte eine zweite fachkundige Einschätzung einzuholen. Dabei soll es sich um eine ergänzende fundierte Fachmeinung von neutraler Stelle handeln – nicht aber um ein zweites, ausführliches Rechtsgutachten.

Abstimmungsergebnis:	Bei 10 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.
----------------------	---

**5. AF-189/2018**

Antrag der GFL-Fraktion vom 23.11.2018 i. S. Erstellung einer Konzeption für das Angebot sozialverträglicher Eintrittspreise für Schwimmanlagen der Bädergesellschaft Lünen GmbH sowie anderer städtischer Institutionen

Ratsherr Prof. Dr. Hofnagel schlägt vor, diesen Antrag im nächsten Haupt und Finanzausschuss zu behandeln.

Ratsherr Feller erläutert, dass die soziale Struktur von Eintrittspreisen sehr vielschichtig sei. Ein Teil sei in den SBG II Leistungen enthalten. Personen, die die SGB II-Schwelle nur knapp überschreiten könnten benachteiligt werden.

Ratsherr Haustein fragt, ob die Reduzierung von Eintrittspreisen haushaltsrechtlich zulässig sei.

Ratsherr Prof. Dr. Hofnagel bittet die Verwaltung, soweit möglich, ergänzende Informationen beizubringen.

Herr Bürgermeister Kleine-Frauns erläutert, dass man sich jetzt bereits in der Vorbereitung für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses befinde. Umfangreiche Informationen können daher nicht zur Verfügung gestellt werden. Er verstehe den Antrag als Prüfauftrag und man solle zunächst überlegen in welchem Umfang geprüft werden solle.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen beschließt, den Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.
--

**6. AF-183/2018**

Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2018 i. S. Aufnahme des Bahnhaltepunktes Alstedde in den neuen Nahverkehrsplan

Herr Technischer Beigeordneter Reeker führt aus, dass der Zusatzhaltepunkt in Alstedde bereits im Entwurf des Nahverkehrsplans enthalten sei. Es gebe eine Empfehlung zur Prüfung an den Zweckverband. Die Frist zur Stellungnahme zum Nahverkehrsplan sei abgelaufen, man könne allerdings nochmals darauf hinweisen, dass auf den Zusatzhaltepunkt geachtet werde.

Ratsfrau Cziehso macht einen Beschlussvorschlag, dem sich auch die antragstellende Fraktion anschließt.

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Planungen für den Bahnhaltepunkt in Alstedde gemeinsam mit dem NWL zu erarbeiten und das entwickelte Konzept einschließlich eine Kostenkalkulation dem zuständigen Ausschuss bzw. dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.
--

**7. AF-162/2018**

Antrag der FDP-Fraktion vom 29.09.2018 i. S. Gremienubesetzung

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen beschließt folgende Ausschussbesetzungen:

Stadtentwicklung und Umwelt:

Ludger Auferoth soll stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt werden.

Wirtschaftsförderungskommission:

Karsten Niehues soll stellvertretendes Mitglied in der Wirtschaftsförderungskommission werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.
--

**8. AF-190/2018**

Antrag der FDP-Fraktion vom 07.11.2018 i. S. Gremienbesetzung

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen beschließt folgende Ausschussbesetzungen:

Ausschuss für Bürgerservice und Soziales:

Herr Herbert Tittelbach soll aus dem Ausschuss für Bürgerservice und Soziales ausscheiden. Ordentliches Mitglied soll das bisherige stellvertretende Mitglied Karsten Niehues werden.

Behindertenbeirat:

Herr Herbert Tittelbach möchte als stellvertretendes Mitglied aus dem Behindertenbeirat austreten.

Seniorenbeirat:

Herr Herbert Tittelbach möchte ebenfalls als Mitglied aus dem Seniorenbeirat austreten. Ordentliches Mitglied soll Herr Dr. Uwe Thal werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.
--

**9. AF-191/2018**

Antrag der FDP-Fraktion vom 22.11.2018 i. S. Gremienbesetzung

Der Rat der Stadt Lünen nimmt den Antrag zur Kenntnis.

**10. AF-182/2018**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.11.2018 i. S. Kostenaufstellung zur HSK Maßnahme „Zinsentlastung und Schuldenmanagement“ für die Jahre 2006 bis 2018

**Beschluss:**

Der Rat beschließt eine Kostenaufstellung zur HSK Maßnahme „Zinsentlastung und Schuldenmanagement“ für die Jahre 2006 bis 2018.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.
--

**11. AF-186/2018**

Antrag der Fraktion PIRATEN/Freie Wähler vom 23.11.2018 i. S. Gremienbesetzungen;  
Vertretung Finanzkommission und Wirtschaftsförderungskommission

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lünen benennt folgende Stellvertreter:

Wirtschaftsförderungskommission:

Frau Gabriele zum Buttel

Finanzkommission:

Herr Ralf Schaefer

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.
--

Lünen, den 14.01.2019

Jürgen Kleine-Frauns  
Bürgermeister

Markus Neumann  
Schriftführer



Herrn Bürgermeister  
Jürgen Kleine-Frauns  
Willi-Brandt-Platz 1  
44532 Lünen

**CDU-Fraktion**

im Rat der Stadt Lünen

Mauerstraße 95

44532 Lünen an der Lippe

Telefon (0 23 06) 17 28/29

Telefax (0 23 06) 2 50 05

www.cdu-luenen.de

fraktion@cdu-luenen.de

Fraktionsvorsitzende

Annette Droege-Middel

Parkstraße 20, 44532 Lünen \*

Telefon (0 23 06) 2 22 72 (pr)

droege-middel@gut-eversum.de

\*Dortmunder Straße 8e

44536 Lünen

05.12.2018

**Antrag zur Geschäftsordnung: Änderung der Tagesordnung - Ratssitzung am 13.12.2018**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Tagesordnung für die 5. Ratssitzung am 13.12.2018 umfasst 43 Tagesordnungspunkte. Sie ist nach Meinung der CDU-Fraktion nicht an einem Abend abzuarbeiten. Wir beantragen deshalb:

1. Die Tagesordnung für die Sitzung am 13.12.2018 nur auf die Punkte zu begrenzen, die noch zwingend im Jahr 2018 beschlossen werden müssen.
2. Die Sitzungsdauer bis 22.00 Uhr zu beschränken.
3. Einen Sonderratstermin im Januar 2019 für die restlichen Tagesordnungspunkte festzulegen.

Begründung:

Die Ratssitzung beginnt um 17 Uhr. Die 43 aufgeführten Tagesordnungspunkte sind nicht in einer Sitzung abzuarbeiten, und die Sitzung würde bis spät in die Nacht dauern. Das Volumen der Tagesordnung und die Dauer der Sitzung überfordern die Ratsfrauen und Ratsherren. Die meisten Ratsvertreter haben bei Beginn der Sitzung schon einen Arbeitstag hinter sich, und es ist ihnen nicht zumutbar noch in einer Sitzung bis weit nach Mitternacht voll konzentriert zu arbeiten. Diese Überforderung widerspricht auch sicherlich dem Anspruch, den man an eine ordentliche Ratsarbeit stellen kann. Die Vermutung, dass die Sitzung viel länger als Mitternacht dauern wird, lässt sich leicht darstellen. Man kann sicherlich bei mehreren Punkten davon ausgehen, dass es dort zu Diskussionen kommen wird und einige auch längere Erläuterungen oder Vorträge bedürfen. Man kommt dann schnell auf über 8 Stunden Sitzungsdauer.



**CDU-Fraktion**

im Rat der Stadt Lünen

Mauerstraße 95

**44532 Lünen an der Lippe**

Telefon (0 23 06) 17 28/29

Telefax (0 23 06) 2 50 05

[www.cdu-luenen.de](http://www.cdu-luenen.de)

[fraktion@cdu-luenen.de](mailto:fraktion@cdu-luenen.de)

Fraktionsvorsitzende

Annette Droege-Middel

Parkstraße 20, 44532 Lünen \*

Telefon (0 23 06) 2 22 72 (pr)

[droege-middel@gut-eversum.de](mailto:droege-middel@gut-eversum.de)

\*Dortmunder Straße 8e

44536 Lünen

In der Geschäftsordnung der Stadt Lünen ist festgelegt, dass im Jahr wenigstens 6 Ratssitzungen zu erfolgen haben (siehe unten). Diesen Anspruch haben wir in 2018 nicht erfüllt. Die Sitzung am 13.12.2018 ist die fünfte in 2018. Zu klären bleibt noch, wie das rechtlich zu bewerten ist.

Wir bitten deshalb die Ratssitzung am 13.12.2018 zu entzerren und die Tagesordnungspunkte, die auch noch in 2019 entschieden werden können, in eine zusätzliche Ratssitzung im Januar zu verlegen. Für 2019 sind auch nur 5 Ratssitzungen geplant - die Anzahl der Ratssitzungen sollte noch auf 6 erhöht werden, damit die Tagesordnungen nicht mehr so überfrachtet sind.

Leider konnte der Sachverhalt nicht im Ältestenrat erläutert werden, da die Tagesordnung am 27.11. 2018 im Ältestenrat noch nicht vorlag und erst am 28.11.2018 an die Ratsvertreter versandt wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Annette Droege-Middel  
Fraktionsvorsitzende

Auszug aus der Geschäftsordnung

§ 1

Einberufung der Ratssitzungen

(1)

Der Bürgermeister beruft den Rat ein, so oft es die Geschäftslage erfordert, jedoch soll er den Rat wenigstens alle 2 Monate einberufen. Der Rat ist unverzüglich einzuberufen, wenn mindestens ein Fünftel der Ratsmitglieder oder eine Fraktion unter Angabe der zur Beratung zu stellenden Gegenstände dies verlangen.



# SPD-Fraktion im Rat der Stadt Lünen

## Beanstandung

An den Bürgermeister der Stadt Lünen  
Herrn Jürgen Kleine-Frauns

Lünen, 3. Dezember 2018

Rathaus

### **Beanstandung der Ratsniederschrift vom 11.10.2018 - VL-141/2018 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Lünen Nr. 215 V "Lippeaue/Stadt- quartier am Park" 2. Änderung des Durchführungsvertrages**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion beanstandet hiermit die Niederschrift der letzten Ratssitzung zum Tagesordnungspunkt II.13 – VL – 141/2018.

#### **Begründung:**

Unkorrekt wiedergegebener Zeitablauf des „Antrages zur Geschäftsordnung“.

Der Antrag zur Geschäftsordnung wurde von Herrn Billeb während des (dritten) Wortbeitrags des Bürgermeisters (öffentliche Niederschrift) und bevor das Wort Herrn vom Hofe übertragen wurde, gestellt, weil abzusehen war, dass Sie, Herr Bürgermeister, dem Ansinnen der Ratsfraktionen von GfL und SPD und auch CDU nicht nachkommen wollten.

Die Ankündigung, die Sitzung zu unterbrechen, wurde an den Rat vorher im Konjunktiv formuliert

*(„Wenn gewünscht ist, könnte ich die Sitzung gleich unterbrechen, damit sie die Gelegenheit nutzen können, um mit dem Investor zu sprechen“)*

und der Rat ging darauf nicht ein. Somit war eine Unterbrechung, um den Investor befragen zu können, nicht gewollt. Sie haben die Sitzung dennoch unterbrochen, und niemand aus dem Rat nutzte diese Gelegenheit. Sodann haben sie die Sitzung neu eröffnet und nach Beratung mit dem Herrn Kämmerer und dem Investor vorgetragen, dass die Absetzung des Antrages vom Investor gewünscht sei und darüber ein



**Vorsitzender:** Michael Haustein

Geschäftsstelle: Stadttorstraße 5 – 44532 Lünen -Tel: 02306-1528 – Fax: 02306-1589 - Email: fraktion(at)spdluene.de

Bankverbindung: SPD-Fraktion Lünen - IBAN: DE 21 4415 2370 0000 0398 91





# SPD-Fraktion im Rat der Stadt Lünen

## Beanstandung

Beschluss zu fassen ist. Die weiteren Anträge und der Antrag zur Geschäftsordnung wurden von Ihnen erwähnt, so dass die Antragsteller glaubten, ihr Anliegen noch vortragen zu können. Sodann wurde abgestimmt und zum nächsten Tagesordnungspunkt übergegangen. Die Anträge wurden nicht mehr behandelt. Der Unmut vieler Ratsmitglieder war nicht zu überhören.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Haustein



**Vorsitzender:** Michael Haustein

Geschäftsstelle: Stadttorstraße 5 – 44532 Lünen -Tel: 02306-1528 – Fax: 02306-1589 - Email: [fraktion\(at\)spdluenen.de](mailto:fraktion(at)spdluenen.de)

Bankverbindung: SPD-Fraktion Lünen - IBAN: DE 21 4415 2370 0000 0398 91

Kulturpreis an Siegfried Krüger und Simone Prothmann, Ratssitzung 13.12.2018

Sehr geehrter Herr BM, meine Damen und Herren des Rates, der Presse und Öffentlichkeit,

die Jury hat satzungsgemäß getagt und in ihrer Sitzung vom **03.09.2018** einstimmig beschlossen, in diesem Jahr sowohl den Kulturpreis als auch den Kulturförderpreis zu verleihen. Die Jury war sich einig, dass es für beide Preise unter den vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten würdige Preisträger gibt.

Damit verleihen wir in diesem Jahr **zum 14. Mal** den Kulturpreis, der seit Ratsbeschluss von 2017 mit einem Preisgeld von 2.500,-- versehen ist.

Der Preis geht zum **2. Mal** an ein **Künstlerpaar**.

Wenn ich Ihnen sage, dass ihr künstlerisches Schaffen wesentlich geprägt ist durch **Installationen, Aktionen, Fotoserien und Lichtkompositionen**, dann werden einige von Ihnen wissen, um wen es sich handelt.

Es ist das Künstlerpaar Siegfried Krüger und Simone Prothmann.

Mit ihren Projekten **verwandeln** sie Räume, Gebäude und auch Landschaften **zu besonderen Orten**. Damit fordern sie den Betrachter auf, bekannte Räume einmal anders zu begreifen, sie neu wahr zu nehmen, sich auf Unbekanntes einzulassen.

Vielleicht erinnern Sie sich besonders an Aktionen, die hier in Lünen stattgefunden haben. Erwähnen will ich die Aktionen "Treibzeit" auf der Lippe oder "Tonstrom" aus dem Jahre 2004. Jüngeren Datums war z.B. "Der Kaufhausleerstand" im Hertiegebäude 2010 oder die "Occupied art space" in Horstmar in der ehemaligen Fabrikhalle und die Lichtkomposition in der St.-Georgs-Kirche, beide haben im letzten Jahr stattgefunden.

Ein Blick in das künstlerische Schaffen von Siegfried Krüger und Simone Prothmann macht schnell deutlich, dass sie **weit über die Stadt und die Region** hinaus gewirkt haben. Sie sehen mir nach, dass ich hier nur einen Ausschnitt ihres Schaffens erwähnen kann.

Seit 2003 haben sie **Installationen** präsentiert an ausgewählten Orten wie Zechen, Kirchen, Theater, und das von Essen über Dortmund, Unna, Bergen NL bis hin zur Krypta in Einbeck, wo sie im letzten Jahr auch das Rathaus mit einer Lichtkomposition bespielt haben.

Ihre **Fotoserien** waren zu sehen auf den Lippebrücken 2010, in der Notkirche in Essen, in Venedig, in Bergen aan Zee, auf den Zechen Westerholt und Ahlen, im Heinz-Hilpert-Theater.

Das Künstlerpaar hat seine **Arbeiten präsentiert** u.a. im Rahmen der "Offenen Ateliers", in der Stadtgalerie, im Dortmunder U, in Bergkamen in der Sohle 1.

Im **gesamten nächsten Jahr** werden beide mit anderen Künstlern gemeinsam mit einer **Wanderausstellung** zum Thema "**Und ..Licht**" durch **verschiedene Kirchen** zwischen Saarbrücken, Trier, Mönchengladbach, Troisdorf, Essen, Krefeld, Düsseldorf ziehen. In allen Städten werden damit 2 Künstler aus unserer Stadt präsent sein.

Meine Damen und Herren, sie können sicher gut nachvollziehen, dass die Jury dieses Künstlerpaar, das im Zentrum der Stadt wohnt und gerade hier vor Ort auch seit vielen Jahren immer wieder das kulturelle Leben mit ihren Arbeiten bereichert hat und das darüber hinaus weit über die Stadt- und Landesgrenzen präsent war und ist, für ihre **herausragende künstlerische Arbeit** mit dem Kulturpreis ehren wollen. Sie sind **künstlerische Botschafter unserer Stadt**, das verbindet sie gleichsam mit allen bisherigen Preisträgerinnen und Preisträgern.

## Kulturförderpreis an Marie Hirschberg, Ratssitzung 13.12.2018

Marie Hirschberg ist 17 Jahre alt und Schülerin in der Oberstufe des FSG.

Mit 14 Jahren hat Marie Hirschberg ihr erstes Theaterstück geschrieben. Zusammen mit einer Freundin schrieb sie eine Liebesgeschichte. Ihre Begründung dazu: „**weil mit 14 gerade Jungs interessant waren**“. Heute, mit 17, sind andere Themen wichtiger. In ihrem aktuellen Stück „**Hall of Fame**“ geht es um Leistungsdruck und darum, wie junge Leute damit umgehen.

Jede Menge auf dem Zettel zu haben, damit kennt Marie sich aus. Sie **schreibt die Theaterstücke** nicht nur, sie **führt** auch selber **Regie** und übernimmt immer auch **eine Rolle** in dem Stück. Das Ganze mit ihrer **eigenen Theatergruppe, dem „Freien Theaterteam Lünen“**.

**Vorher** haben Marie und ihre Freunde in der **Schul - AG** Theater gespielt. Doch da wurde es ihnen irgendwann zu voll. „Die AG besteht aus 50 Leuten, ständig kommen neue Fünftklässler dazu. Da dachten wir uns: Warum nicht was eigenes ausprobieren?“. Das war **2014**. Seitdem hat die Gruppe **jedes Jahr ein Theaterstück auf die Bühne gebracht** - natürlich immer selbst geschrieben und unter der Leitung der Schülerin Marie Hirschberg.

Im Jahre **2016** hat ihr Team an den **Bad Gandersheimer Domfestspielen** teilgenommen und sind dort **Publikumsliebbling** geworden, auch wenn sie nicht gewonnen haben.

**Ihr ist es wichtig, dass es** in ihren Theaterstücken um das geht, was sie und ihre Freunde auch gerade beschäftigt. **Selbstzweifel, Leistungsdruck, Versagensängste**, Dinge, mit denen viele zu tun haben, **verarbeitet sie in Theaterstücken**.

„So fällt es einem auch leichter, die Texte den Leuten zu vermitteln“, findet sie.

Am liebsten schreibt sie in den Sommerferien. Und im letzten Urlaub hört sie den Song „**Hall of Fame**“ von The Script. Der Pop-Song von 2012 ermutigt seine Hörer, zu werden, was **immer** sie wollen: ob Politiker, Prediger oder Lehrer.

Eine Message, die die drei Protagonisten in Maries gleichnamigem Theaterstück dringend brauchen können. Es **erzählt die Geschichte von drei Jugendlichen, die unter hohem Leistungsdruck stehen**.

Und besonders **eine Geschichte** liegt Marie am Herz: „Es geht einfach um eine Schülerin, wie aus dem wahren Leben“, erzählt sie. „Bei dem Charakter wird einem bewusst, wie der Leistungsdruck in der Schule, der Stress mit den Eltern

die Jugendlichen beschäftigt.“. Die Personen in „Hall of Fame“ wüssten gar nicht, wie sie mit dem Druck umgehen sollen und würden nach und nach eine innere Stimme entwickeln, die ihnen immer wieder sagt: „Du kannst das nicht“.

Selbstzweifel, Leistungsdruck, Versagensängste. Sie scheinen mittlerweile auch beim Nachwuchs der Gesellschaft wie selbstverständlich dazu zu gehören. Auf die Frage, **wie Marie selbst das eigentlich alles schafft** – Schule, Nebenjob, Theaterproben – reagiert sie bescheiden: „**So nebenbei**“, sagt sie. **Unter der Woche sei sie nie vor 18 Uhr zu Hause und auch die Wochenenden gingen meistens für die Theatergruppe drauf.**

Doch Marie macht es gerne, das Theater sei ihr Ausgleich zu Schule und Arbeit - also genau **ihr Weg, um mit dem Leistungsdruck umzugehen**. Außerdem: „**Das ist ein ganz besonders Gefühl, wenn man vor so vielen Leuten auf der Bühne steht**“, erzählt sie.

Sie sei halt eine "**kleine Rampensau**", so die Aussage von Freuden und Familie.

Mit der Verleihung des Kulturförderpreises wollen wir dieses Engagement würdigen und unterstützen und damit auch die Hoffnung verbinden, dass ein neuer Lünener Stern am Theaterhimmel aufgehen möge.

# Einbringung des Haushaltes 2019

# **Schwerpunkte**

---

- 1. Entwicklung der Haushaltslage 2018**
- 2. Ergebnisplanung 2019 / Haushaltsausgleich**
- 3. Mittelfristige Planung 2020 bis 2022**
- 4. Finanz- und Investitionsplanung**
- 5. Risiken und Chancen 2019 und 2020**
- 6. Fazit**

# 1. Entwicklung der Haushaltslage 2018

	Ansatz 2018	Prognose 2018 Jahresergebnis	Änderung Prognose zu Ansatz	Erläu- terung
<b>Erträge</b>	<b>293.798.690</b>	<b>292.457.686</b>	<b>-1.341.004</b>	<b>E 1</b>
Personalaufwendungen	47.293.934	44.817.906	-2.476.028	E 2
Versorgungsaufwendungen	14.100.000	14.630.300	530.300	E 2
sonst. Sachaufwendungen	225.201.333	223.652.366	-1.548.967	E 3
<b>ordentl. Aufwendungen</b>	<b>286.595.267</b>	<b>283.100.572</b>	<b>-3.494.695</b>	
<b>Summe</b>	<b>7.203.423</b>	<b>9.357.114</b>	<b>2.153.691</b>	
<b>Aufteilung auf die Dezernate</b>				
Dezernat I (Kleine-Frauns)		Summe Verbesserung	789.385	
Dezernat II (Quitter)		Summe Verbesserung	1.297.453	
Dezernat III (Müller-Baß)		Summe Verbesserung	687.667	
Dezernat IV (Reeker)		Summe Verschlechterung	-620.814	
<b>Summe</b>		<b>Summe Verbesserung</b>	<b>2.153.691</b>	



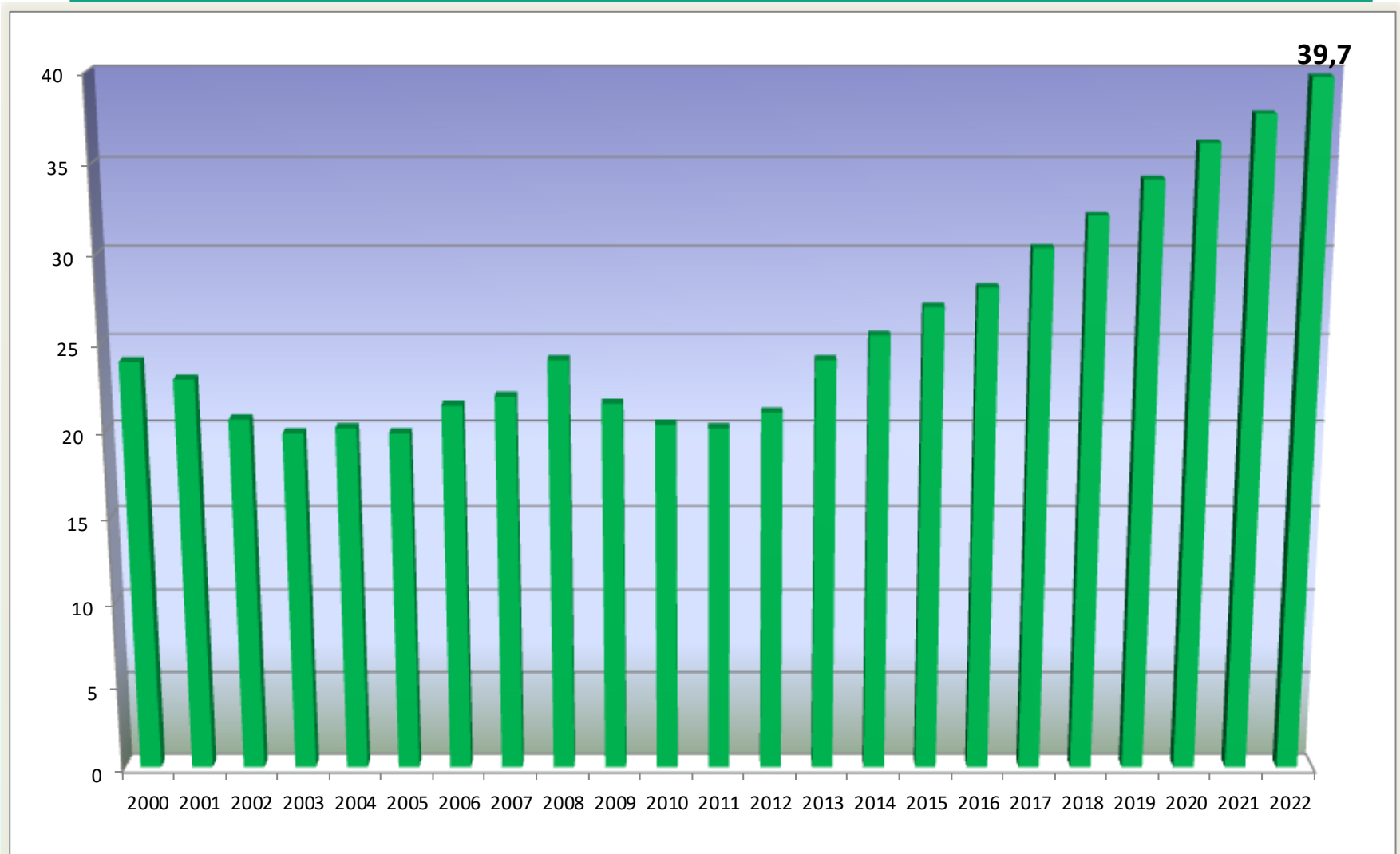
## 2. Ergebnisplanung 2019 (in Mio. €)

<b>Gesamtergebnisplan</b>	<b>Ansatz 2019 (aus HH 2018)</b>	<b>Ansatz 2019 Entwurf</b>
<b>Erträge</b>	<b>274,4</b>	<b>280,0</b>
<b>Aufwendungen</b>	<b>263,1</b>	<b>272,3</b>
<b>Summe:</b>	<b>+ 11,3</b>	<b>+ 7,7</b>

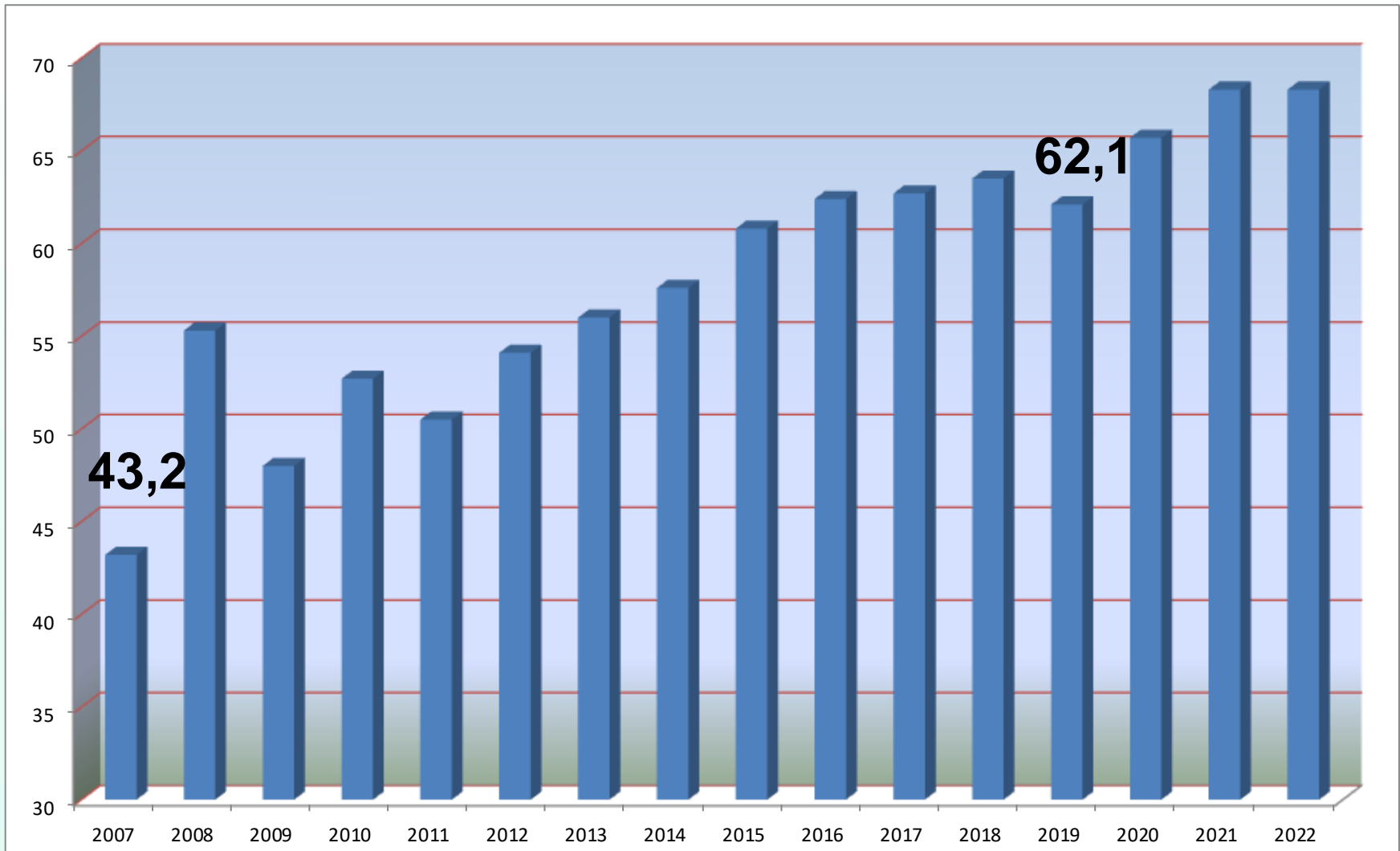
# 3. Mittelfristige Planung bis 2022 / EK-Steuer



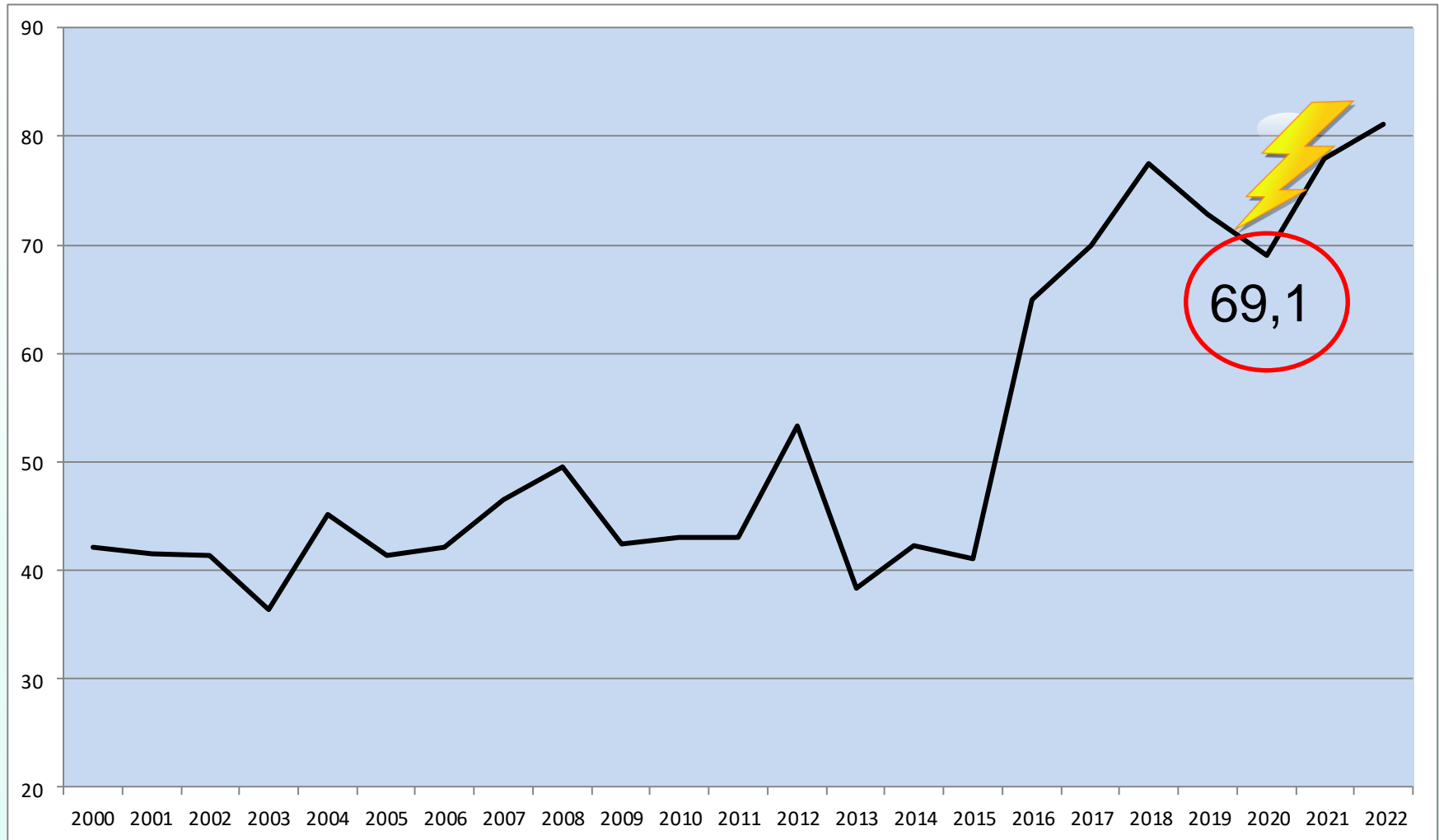
Stadt Lünen



### 3. Mittelfristige Planung bis 2022 / Kreisumlage



### 3. Mittelfristige Planung bis 2022 / Schlüsselzuweisung



## 3. Mittelfristige Planung bis 2022 / Schlüsselzuweisung

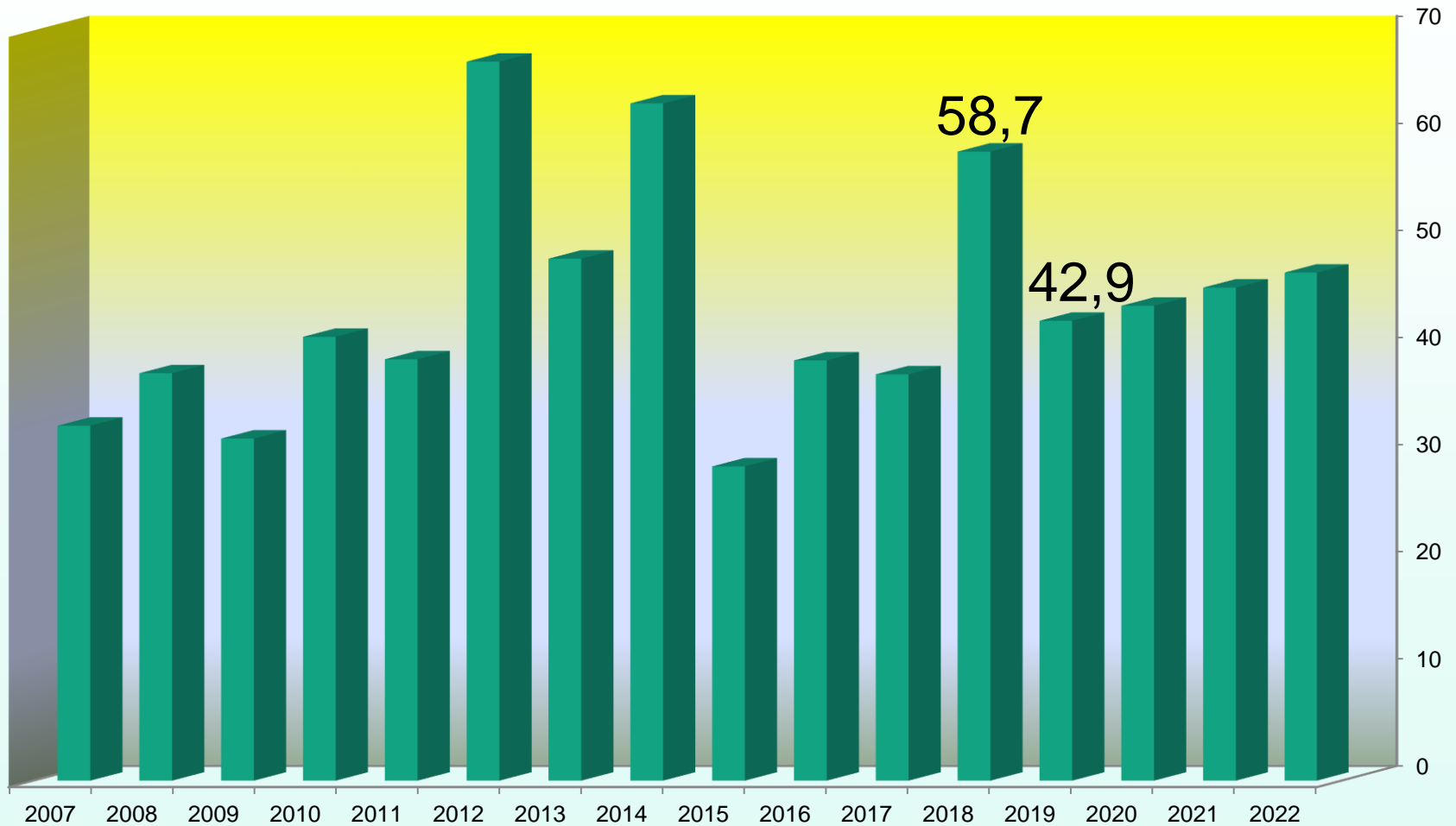
### ► Veränderungen ab 2019:

**- 4,4 Mio. €**

- **Gestiegene Verbundmasse des Landes**
- **Veränderung der Faktoren**  
(Haupt- und Nebenansätze)
- **Deutlich geringerer Soziallastenfaktor**
- **Leicht gestiegene Gewerbesteuererträge**
- **Entwurf enthält bisherige konservative Planung**
- **Planung kann zur VÄL noch angepasst werden**



## 3. Mittelfristige Planung bis 2022 / Gewerbesteuer



## 3. Mittelfristige Planung bis 2022 / Gewerbesteuer

- ▶ **Entwicklung in 2019 ff**
- ▶ **Entwurf enthält bisherige konservative Planung**
- ▶ **Planung kann zur VÄL noch angepasst werden (abhängig vom Ergebnis Ende Dezember 2018)**
- ▶ **Auswirkungen auf Schlüsselzuweisungen**

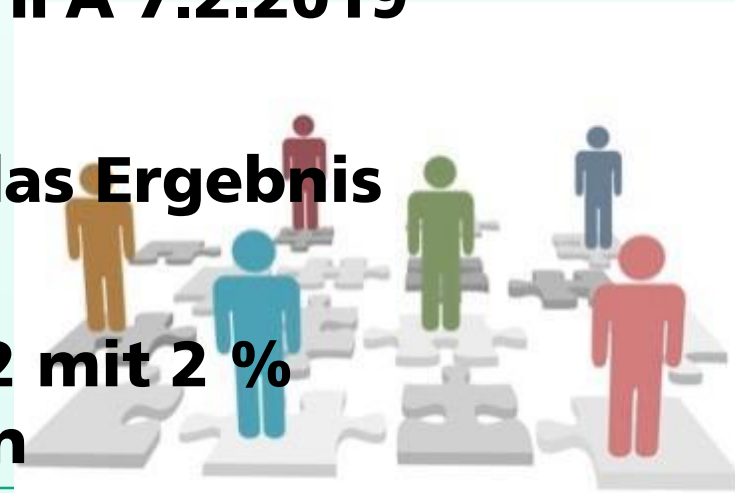




### 3. Mittelfristige Planung bis 2022 / Personalkosten

---

- **Personalkosten auf Grundlage des Stellenplans 2018 geplant**
- **Zusätzlich Personalkosten aus den Stellenplananträgen 2019 eingeplant**
- **Veränderungen über VÄL zum HFA 7.2.2019**
- **Tarifsteigerungen „belasten“ das Ergebnis**
- **Personalkosten derzeit bis 2022 mit 2 % Tarifsteigerung fortgeschrieben**

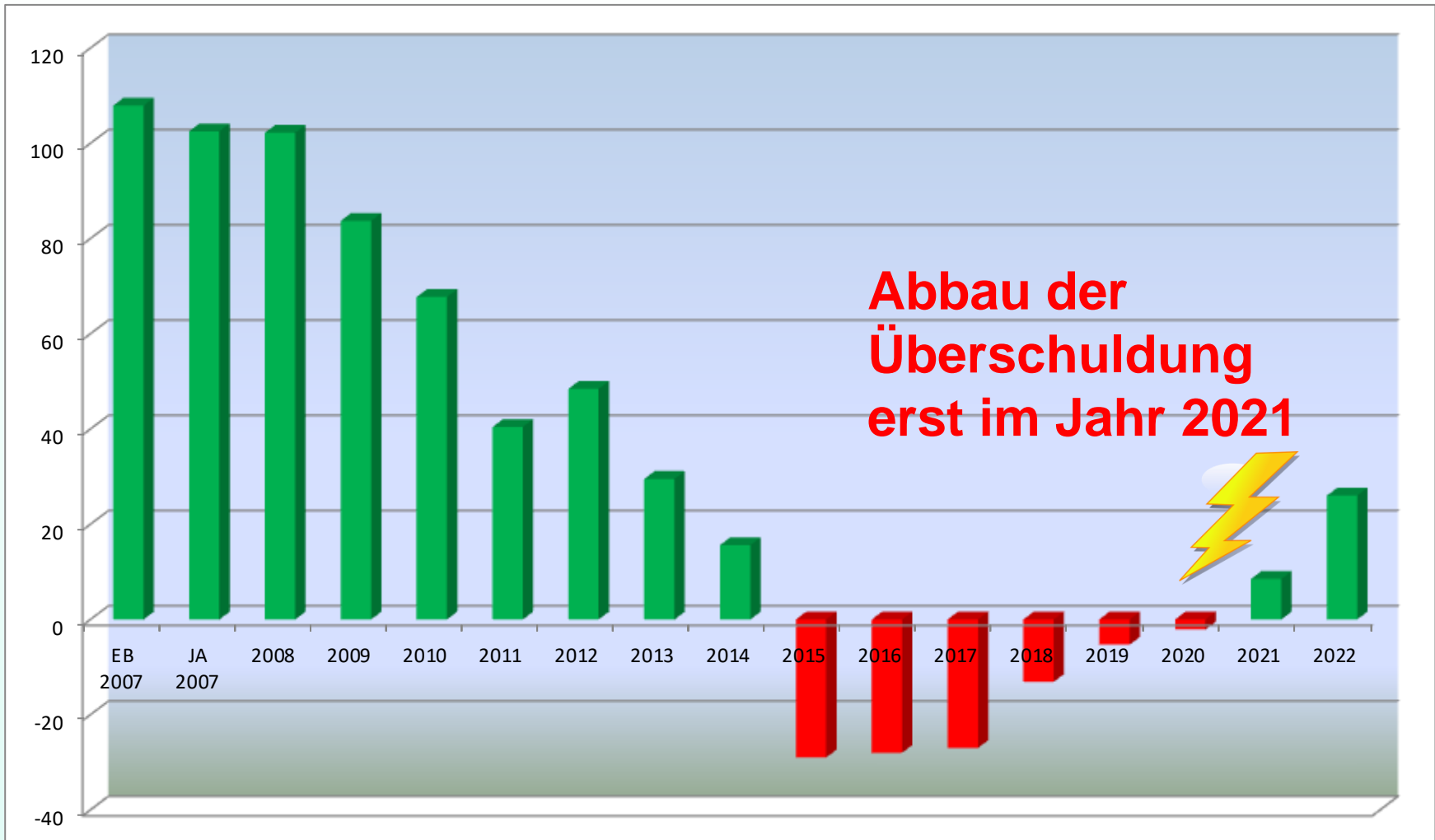




### 3. Entwicklung 2019 - 2022 (in Mio. €)

	2019	2020	2021	2022
Planung aus Haushalt 2018	<b>+ 11,2</b>	<b>+ 4,7</b>	<b>+ 23,5</b>	

# Entwicklung des Eigenkapitals



1. **Verluste bei den Schlüsselzuweisungen**
2. **Konservative Gewerbesteuererwartungen**
3. **Absenkung der Kreisumlage**
4. **Höhere Bundes- und Landeszuweisungen**
5. **Niedrige Zinsbelastungen**
6. **Stärkungspaktmittel nicht eingeplant**
7. **Überschuss von 7,7 Mio.€**



## 4. Finanz- und Investitionsplanung

---

### Volumen der Investitionsprojekte

2019 = 16,1 Mio. €

2020 = 11,3 Mio. €

2021 = 7,2 Mio. €

2022 = 7,3 Mio. €

### Kredite

Stadt 2019 = 2,3 Mio. € „Gute Schule 2020“

= 1 Mio. € Stadt

## 4. Finanz- und Investitionsplanung

---

### Stadtentwicklungsrelevante Investitionen 2019 - 2022

z.B.

- Stadtteilentwicklungskonzept Lünen-Süd ca. 2,1 Mio. €
- Integriertes Handlungskonzept  
StadtGartenQuartier  
(Eigenanteil 1,5 Mio.€) ca. 3,8 Mio. €

## **4. Finanz- und Investitionsplanung**

---

**ZGL**

**z.B.**

- **Sanierung und Neubau von Schulen**
- **Kindertageseinrichtungen**
- **Turnhallen**
- **...**


## **5. Risiken und Chancen 2019 und 2020**

---

- 1. Anpassung Gemeindeanteil EK / Umsatzsteuer**
- 2. Kreisumlage Anpassung 2020 – 2022**
- 3. Entwicklung Gewerbesteuer bis Jahresende**
- 4. Schlüsselzuweisungen für 2020**
- 5. Anpassung Miete und Betriebskosten ZGL**
- 6. Auswirkungen 2. NKF- Weiterentwicklungsgesetz**

## 6. Fazit

---

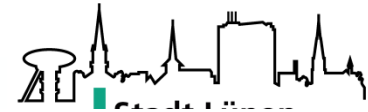
- 1. Drei positive Abschlüsse infolge erzielt: 2016 – 2018**
- 2. Vier weitere positive Abschlüsse geplant: 2019 – 2022**
- 3. ABER:  
Abbau der Überschuldung verschiebt sich:  2021**
- 4. Verabschiedung des Haushaltes im Februar 2019 erforderlich**



## **Notwendige Schritte im Rahmen der Beratungen**

- 1. Abbau der Überschuldung hat gesetzlichen Vorrang (Kritische Betrachtung aller Anträge)**
  - 2. Stringente Beratung in den Fachausschüssen (auch zeitlich)**
  - 3. Anpassung über die Veränderungsliste**
  - 4. Zusammenfassung im HFA am 7.2.2019**
- Ziel : Verabschiedung genehmigungsfähiger Haushalt im Rat 14.2.2019**





# Vorläufige finanzielle Auswirkungen

	Aufhebung / Verlängerung von Befristungen*	Stelleneinrichtungen / -ausweitungen*	Stellenanhebungen, - herabgruppierungen und - umwandlungen**	Gesamtsumme Einrichtungen + Entfristungen + Stellenwertänderungen [1 + 2 + 3]	Stelleneinsparungen	Saldo Einrichtungen + Entfristungen + Stellenwertänderungen - Einsparungen [1+2+3+4]
lfd. Nr d. Spalte	1	2	3	4	4	5
<b>Dezernat I</b>	65.100 €	200.364 €	152.430 €	417.894 €	-25.870 €	392.024 €
<b>Dezernat II</b>	0 €	113.490 €	130.300 €	243.790 €	0 €	243.790 €
<b>Dezernat III</b>	177.648 €	196.935 €	17.352 €	391.935 €	-167.160 €	224.775 €
<b>Dezernat IV</b>	135.000 €	286.435 €	21.940 €	443.375 €	0 €	443.375 €
<b>ZGL</b>	254.550 €	0 €	70.493 €	325.043 €	-74.305 €	250.738 €
<b>Personalpool</b>	0 €	102.920 €		102.920 €	0 €	102.920 €
	632.298 €	900.144 €	392.515 €	<b>1.924.957 €</b>	-267.335 €	<b>1.657.622 €</b>
					<b>davon befristet</b>	<b>765.592 €</b>

\*abzgl. Gegenfinanzierungen

\*\*vorbehaltlich der endgültigen Bewertungsergebnisse

**Vielen Dank  
für ihre  
Aufmerksamkeit !**

**Antwort Anfrage Ratssitzung 13.12.2018 „Kostenaufstellung HSK-Maßnahme Zinsentlastung“**

- Kosten im Rahmen des Vergleichs: rd. 34 Mio. €
- Zinszahlungen vor Klageeinreichung: Kann aufgrund der Langfristigkeit der Geschäfte (erste Geschäftsabschlüsse um das Jahr 2000) nicht ermittelt werden.
- Gezahlte Überschüsse durch Derivate: Gerichtlich festgestellt wurden Vorteile i.H.v. 1,5 Mio. €
- Marktwerte der weiter laufenden Derivate: rd. -9,9 Mio. € (Stichtag 31.12.2018)
- Marktwerte der Fremdwährungskredite:
  - Volumen in € zum Zeitpunkt der Kreditaufnahme: 45 Mio. €
  - Volumen in € Stand 31.12.2018: rd. 57,7 Mio. €
  - Differenz: rd. -12,7 Mio. €